



## Gespräch mit Ministerin Gebauer am 29.7.2020

Der Vorstand des Landesverbands Schulpsychologie NRW, vertreten durch Annette Greiner und Uwe Sonneborn, konnte am 29.7.2020 ein Gespräch mit Ministerin Gebauer führen. Anwesend waren auch Frau Banneyer (Gruppenleitung Gruppe 32, als Vertretung für die Abteilungsleiterin Frau Blasberg-Bense) und Dr. Sascha Borchers, der als erfahrener Schulpsychologe seit dem 1.7.2020 im Referat 324 arbeitet. Das Gespräch fand in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt, in der wir die Perspektive der Schulpsychologie als weitestgehend „autonomes“ Unterstützungssystem auf Entscheidungen des Ministeriums bezogen auf Schule und Schulpsychologie gut einbringen konnten. Insbesondere die Notwendigkeit der besseren Verzahnung zwischen Land (Ministeriums für Schule und Bildung) und Kommune (Städtetag NRW) zur gemeinsamen Gestaltung der Schulpsychologie in NRW über vorhandene Strukturen (AK Kommunale Schulpsychologie) aber auch über sich aktuell verändernde Strukturen (LDK Schulpsychologie) konnte gut vermittelt werden. Hier ist mit der Implementierung eines Schulpsychologen in der ministeriellen Struktur eine hervorragende Grundlage geschaffen. Bezogen auf die aktuelle Situation rund um Corona erwartet das Ministerium einen hohen Beratungsbedarf. Von der Schulpsychologie wünscht sich die Ministerin, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in den Fokus geraten. Vereinbart wurde, dass wir in einem kontinuierlichen Austausch (ca. einmal jährlich) bleiben. Nähere Infos zu den Inhalten des Gesprächs:

- Verzahnung zwischen Land und Kommune – unbedingt erforderlich ist eine verbesserte Einbeziehung und Beteiligung der Kommunen an Entscheidungsprozessen des Landes. Lösungsansätze bestehen in einer eigenen Landesdelegiertenkonferenz für Schulpsychologie sowie einer ständigen Beteiligung des Landes am AK Kommunale Schulpsychologie.
- Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Einbeziehung / Information der Schulpsychologie bei Erlassen, Verordnungen und Informationen / Empfehlungen durch das Ministerium. Geeignete Lösungsansätze wird das Ministerium prüfen und ggf. initiieren.
- Überprüfung und Anpassung der Regelungen zur Eingruppierung/ Laufbahnen im Bereich Schulpsychologie. Hier bestehen Überlegungen und erste Planungen, auf Erlassebene eine eigene Regelung zu schaffen.
- Digitalisierungsbedarf der Schulpsychologischen Beratungsstellen auf Softwareebene: Seitens des Ministeriums wurde auf bestehende Überlegungen hingewiesen, dies ggf. in Logineo einzubinden.
- Start der 54 neuen Stellen für Gewalt- und Extremismusprävention. Seitens des Landesverbandes wird auf die deutlich veränderte Aufgaben- und Rollenverteilungen der Schulpsychologischen Beratungsstellen durch neue Professionen und die nötige Unterstützung im Bereich der Organisationsentwicklung hingewiesen. Seitens der Ministerin besteht Interesse und Bereitschaft für einen offenen und kritischen Erfahrungsaustausch dieser Maßnahme zu einem späteren Zeitpunkt, wenn ausreichend Erfahrungen vorliegen.
- Ein deutlich steigender Beratungsbedarf für Schüler\*innen, Eltern und Lehrkräfte als Aus- und Nachwirkungen der durch Covid 19 bedingten Veränderungen wird seitens des Landesverbandes angenommen. Dies gilt auch für die Wiederaufnahme des Regelschulbetriebs. Auch hätten sich neue Beratungsformate in Einzelfällen als bedarfsgerechter erwiesen, weil nur so die Zielgruppen wirklich erreicht würden. Die Ministerin betont, dass ihr die Unterstützung der Rechte und Bedürfnisse der Schüler\*innen